



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0065/2011		Datum:	08.08.2011			
Verfasser:	06-FBG-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
25.08.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen		
Betreff:	Anfrage der FBG-Ratsfraktion - Wasserraumbewirtschaftung am Peter-Altmeier-Ufer -						

Die Frage der Wasserraumbewirtschaftung am Peter – Altmeier – Ufer, und in Verbindung damit eine dringend notwendige Entlastung der dortigen Anwohner ist seit langem ein Thema der F/B/G. Bis heute sind alle Versuche gescheitert, die dort gegebene Situation für alle Beteiligten zu einem zufrieden stellenden Ergebnis zu bringen. Der Erlass einer Satzung ist nach der Auskunft aus der letzten Ratssitzung sowohl aus rechtlichen, wie auch aus tatsächlichen Gründen nicht möglich. Damit steht fest, dass auf die dort anlegenden Schiffsführer kein Zwang zur Stromabnahme und zum gleichzeitigen Abstellen der Schiffsdiesel ausgeübt werden kann. Aus heutiger Sicht erscheint damit auch die immens teure Installation der Landstromversorgung als eine komplette Fehlplanung. Denn die Fragen, deren Beantwortung vor dieser Installation hätte erfolgen müssen, stehen auch heute noch unbeantwortet im Raum. Und ein weiterer Gesichtspunkt ist nach Meinung unserer Fraktion völlig inakzeptabel: Wir reden überall vom Schutz der Bürger u.a. auch vor Abgas- und Geräuschmissionen, wir installieren Messstationen zur Überprüfung derselben, aber hier an der Stelle gelingt es offensichtlich nicht, mehr für die Gesundheit und das natürliche Schlafbedürfnis unserer Bürger zu tun.

Unsere Fraktion fragt deshalb die Verwaltung:

- Heißt das also, dass die Schiffsmotoren weiter Tag und Nacht laufen und die Umwelt weiter verpesten dürfen, und die Anwohner den Krach und den Dieselgestank weiter ertragen und darunter leiden müssen?
- Ist der Verwaltung generell bekannt, dass die vorhandene Stromversorgung ohnehin nur zeitweise funktioniert?
- Was gedenkt die Verwaltung in dieser Frage weiter zu unternehmen?